

160/2007

Stuttgart, den 26.04.2007

## Schönrechnen bei Stuttgart 21

### Palmer: Unwirtschaftlich wie ein Luftschutzbunker

---

Allmählich wird deutlich, was Ministerpräsident Oettinger meinte, als er diese Woche einräumte, Stuttgart 21 könne noch an der Finanzierung scheitern. Der Grünen-Abgeordnete Boris Palmer hält das Projekt für „noch immer so unwirtschaftlich wie einen Luftschutzbunker“.

Wie im letzten Herbst ermittelt fehlen auch heute bei Stuttgart 21 rund 1,4 Milliarden Euro. Durch Schönrechnen will man nun 700 Millionen real vorhanden Baukostenrisiken ausklammern. Die verbleibende Lücke von 700 Millionen Euro sollen die baden-württembergischen Steuerzahler übernehmen. Bei 3,1 Milliarden Euro Baukosten für Stuttgart 21 würden Land, Stadt und Region dann über 2,5 Milliarden für Bundesschienenwege aus der eigenen Tasche bezahlen, obwohl das Grundgesetz diese Aufgabe dem Bund zuweist.

Palmer: „Oettinger ist mit voller Briefftasche nach Berlin gefahren und mit einem Schuldanerkenntnis von 700 Millionen Euro zurückgekommen. Kein anderes deutsches Bundesland hat jemals so viel Geld für Bundesschienenwege zahlen müssen. Oettingers Rehabilitation nach dem Filbinger-Eklat kommt die Landeskasse teuer zu stehen.“

Vehement verlangen die Grünen eine Übernahme des Baukostenrisikos durch Bund und Bahn: „Der Vergleich mit allen Großprojekten der Bahn zeigt, dass die Baukosten fast sicher um eine Milliarde steigen werden. Wenn Stadt Stuttgart und Land Baden-Württemberg dieses Risiko übernehmen, wird dies in künftigen Haushalten gnadenlos durchschlagen.“

Die Frage eines Bürgerentscheids in Stuttgart wird für Palmer wieder akut, wenn die Stadt eine Mehrbelastung übernimmt, die ihr ein Ausstiegsrecht aus den Stuttgart 21-Verträgen verschafft und mehr als 100 Millionen Euro zusätzlicher Kosten verursacht: „Wenn Oettinger und Schuster so überzeugt von Stuttgart 21 sind und dafür derart viel Geld ausgeben wollen, dann sollen Sie mit offenem Visier kämpfen und um eine Mehrheit bei den Bürgern werben. Wer einigermaßen klar denkt, wird Steuermehreinnahmen zuerst für Kinderkrippen, Schulhaussanierungen und zusätzliche Studienplätze verwenden, bevor man einen vorhanden Bahnhof vergräbt.“